

TRIBÜNE

«Menge mal Preis» - das falsche Rezept

Gastkommentar

von THOMAS J. GRICHTING

Es wären ein breiter Strauss an Massnahmen und wohl etwas Mut nötig, um die steigenden Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Das zweite Massnahmenpaket hätte dies – im Nachgang zum ersten Massnahmenpaket des Bundesrates – in Angriff nehmen sollen. Doch die Vorlage, die derzeit im Parlament debattiert wird, hat den Weg der Kostendämpfung bereits vor einiger Zeit verlassen. Stattdessen drohen einige Massnahmen sogar die Kosten weiter in die Höhe zu treiben. So werden beispielsweise Leistungen, die Hebammen direkt abrechnen können, ausgeweitet. Mehr Leistungen und höhere Kosten während der laufenden politischen Beratungen in einem Kostendämpfungspaket unterzubringen, zeugt von bemerkenswerter politischer Kreativität.

Weitere Massnahmen, die sich gegenwärtig im Paket befinden, führen zu mehr Regulierung – ebenfalls ein Kostenfaktor. Der Bundesrat möchte Netzwerke zur koordinierten Versorgung als neue Art von Leistungserbringern in das KVG aufnehmen mit den Kantonen als Zulassungsbehörde. Solche Netzwerke existieren aber vielerorts bereits heute – ohne den bürokratischen Mehraufwand. Während der Nationalrat diese Massnahme streichen möchte, hält der Ständerat jedoch daran fest, so dass man gespannt sein darf, wie es weitergeht.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei den Medikamenten. So sind Preismodelle und eine provisorische Vergütung von Arzneimitteln im Paket vorgesehen. Werden Arzneimittel für zwei volle Jahre provisorisch vergütet, steigt das Risiko, dass diese temporären hohen Preise zu dauerhaft überhöhten Preisen werden. Preismodelle, bei denen der öffentliche Publikumspreis nicht dem tatsächlich gezahlten Preis entspricht, opfern unser wertvolles Gut der Transparenz. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu wissen, wie viel ein Medikament tatsächlich kostet. Die nationalrätliche Kommission will die Bestimmungen zur Vertraulichkeit streichen. Es ist zu hoffen, dass ihr die beiden Räte folgen.

Daneben gibt es aber auch einige Lichtblicke: Mengenrabatte für Arzneimittel mit hohem Marktvolumen könnten bis zu 400 Millionen Franken einsparen. Solche sogenannten Kostenfolgemodelle hat der Ständerat eingebracht, und diese hätten einen deutlich kostendämpfenden Effekt. Auch die Kommission des Nationalrates empfiehlt dem Nationalrat ihre Einführung.

Des Weiteren sollen die Krankenversicherer künftig die Versicherten in begrenztem Rahmen auf mögliche Einsparungen oder passendere Versorgungsmodelle hinweisen dürfen, was im Sinne der Versicherten zu begrüssen ist. Auch die Stärkung der Health

Technology Assessments, also der differenzierten Überprüfung der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit von Leistungen ist positiv. Ebenfalls sinnvoll sind die angedachte Einführung von Referenztarifen für stationäre Behandlungen, die den Wettbewerb zwischen Spitälern fördern, sowie der Auftrag an die Tarifpartner, sicherzustellen, dass die Tarife laufend den Effizienzgewinnen aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts Rechnung tragen. Zudem will der Ständerat die nationale ambulante Tarifstruktur dahingehend ändern, dass eine Höchstgrenze für die pro Arbeitstag verrechenbaren Taxpunkte des ärztlichen Teils festgelegt wird, um Exzesse in der Abrechnung bei der Ärzteschaft beim nicht mehr zeitgemässen Einzelleistungstarif zu verhindern. Allerdings lehnt die Kommission des Nationalrates diese letzte Massnahme ab.

Insgesamt bleibt das Fazit entsprechend ernüchternd: Das zweite Massnahmenpaket verpasst eine grosse Chance. Was wir brauchen, ist eine umfassende Reform, die Transparenz, Qualität und Patientennutzen ins Zentrum stellt. Die heutige Preisgestaltung, die sich nach der Formel «Menge mal Preis» richtet, belohnt die Quantität der erbrachten Leistungen, nicht deren Qualität. Eine pauschale Vergütung, die an Qualitätskriterien und den tatsächlichen Nutzen für die Patienten gebunden ist, könnte die Gesundheitskosten in den Griff bekommen – zum Wohl der Patienten und der Prämienzahlenden.

—
Thomas J. Grichting ist Generalsekretär und Mitglied der Generaldirektion des Groupe Mutuel.

NZZ, 20.11.2024